

Jahresausblick Deutschland 1998: Aufschwung gefestigt

Der konjunkturelle Aufschwung, der sich im ersten Halbjahr 1997 beschleunigt hatte, setzte sich im weiteren Verlauf des Jahres verlangsamt, aber stetig fort. Im Jahre 1998 wird der Aufschwung an Breite gewinnen. Lediglich die Bauinvestitionen erholen sich noch nicht, alle anderen Bereiche der Binnennachfrage nehmen verstärkt zu. Eine anhaltend lebhaft Exportkonjunktur in Verbindung mit einer allmählichen Aufwärtstendenz der Binnenwirtschaft dürften die mittelfristigen Ertrags-erwartungen der Unternehmen positiv beeinflussen. Angesichts der steigenden Kapazitätsauslastung werden die Ausrüstungsinvestitionen kräftiger zunehmen. Auch der private Verbrauch wird 1998 trotz der Mehrwertsteuererhöhung deutlich höher ausfallen. Die Steuerentlastungen zu Beginn des Jahres tragen hierzu ebenso bei wie die Stabilisierung am Arbeitsmarkt und ein beschleunigter Anstieg der verfügbaren Einkommen. Am deutlichsten wachsen erneut die Ausfuhren, die vor allem von der weiterhin günstigen Weltkonjunktur profitieren. Die auch 1998 sinkenden Lohnstückkosten im Inland stärken bei wenig verändertem Außenwert der D-Mark die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und geben der Ausfuhr weitere Impulse.

Lediglich die Wachstumsabschwächung in Südostasien trübt das Bild des Außenhandels leicht. Die direkte Auswirkung auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung ist infolge des geringen Anteils dieser Region an den deutschen Exporten jedoch niedrig. Gleichzeitig kann sich indirekt ein positiver Effekt ergeben: Die Wahrscheinlichkeit einer Zinssteigerung in den USA ist wegen der dämpfenden Wirkung der Entwicklung in Südostasien auf die US-amerikanische Konjunktur gesunken. So dürften die Kapitalmarktzinsen auch in Deutschland in diesem Jahr nur geringfügig steigen. Die monetären Rahmenbedingungen begünstigen somit auch 1998 die konjunkturelle Aufwärtsbewegung.

Der Anstieg der Lebenshaltungspreise wird knapp unter 2 vH bleiben, nach 1,8 vH 1997. Zwar dürfte die Mehrwertsteuererhöhung für sich genommen einen Anstieg des Preisniveaus von etwa 0,3 vH bewirken. Sowohl von den administrierten Preisen als auch von den Einfuhrpreisen werden 1998 jedoch geringere preissteigernde Wirkungen ausgehen als im Vorjahr. Die Tariflohnentwicklung deutet zudem darauf hin, daß von den Lohnkosten auch 1998 ein dämpfender Effekt auf den

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland 1997 und 1998

	1996	1997	1998
	<i>reale Veränderung geg. dem Vorjahr in vH</i>		
Privater Verbrauch	1,3	0,3	1,7
Staatsverbrauch	1,8	0,8	1,0
Anlageinvestitionen	-1,2	-0,3	2,1
Ausrüstungen	1,9	3,9	7,0
Bauten	-3,1	-3,0	-1,3
Letzte inl. Verwendung	0,8	1,1	1,8
Ausfuhr	4,5	11,1	9,3
Einfuhr	2,2	6,8	6,5
Bruttoinlandsprodukt	1,4	2,3	2,7
Westdeutschland	1,3	2,3	2,7
Ostdeutschland	2,0	1,9	2,4
	<i>in 1.000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland)	34.460	34.000	33.965
Westdeutschland	28.166	27.880	27.940
Ostdeutschland	6.294	6.120	6.025
Arbeitslose	3.965	4.385	4.385
Westdeutschland	2.796	3.030	2.975
Ostdeutschland	1.169	1.355	1.410
	<i>in vH</i>		
Arbeitslosenquote ^a	10,3	11,4	11,4
Westdeutschland	9,0	9,8	9,6
Ostdeutschland	15,7	18,1	19,0

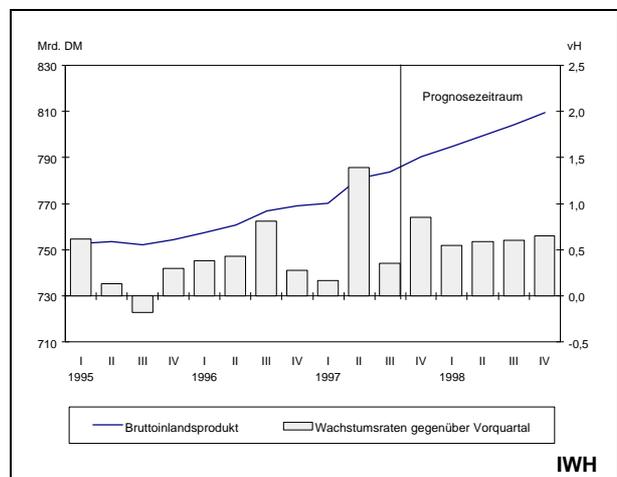
^a Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Inland).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Abbildung 1:

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

- saison- und arbeitstäglich bereinigt, in Preisen von 1991 -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Preisanstieg ausgehen wird. Während die Produktivität um reichlich 2,6 vH ansteigt, erhöhen sich die Tariflöhne lediglich um 2 vH, so daß die Lohnstückkosten für sich genommen einen Rückgang des Preisniveaus begründen würden.

Insgesamt kann für das Jahr 1998 mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2,7 vH gerechnet werden. Mit 2,4 vH fällt der Produktionsanstieg in Ostdeutschland etwas geringer aus als der Westdeutschlands (2,7 vH). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies zwar für Gesamtdeutschland eine Beschleunigung, eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt wird aber kaum zu spüren sein. Die Arbeitslosenquote stagniert. Während die Arbeitslosenquote in Westdeutschland auf 9,6 vH sinkt, steigt sie in Ostdeutschland auf 19 vH, wobei hier der Beschäftigungsrückgang im Jahresverlauf zum Stillstand kommen wird.

Weltwirtschaftliches Umfeld bleibt günstig

Das weltwirtschaftliche Umfeld für die deutsche Konjunktur bleibt 1998 günstig. In den angelsächsischen Volkswirtschaften setzt sich das kräftige Wirtschaftswachstum fort, wenn auch mit abnehmender Rate. In den kontinentalen westeuropäischen Ländern verstärkt sich der konjunkturelle Aufschwung. Demgegenüber wirken die Währungsturbulenzen in einigen Ländern Südostasiens eher dämpfend auf die konjunkturellen Aussichten. In Mittel- und Osteuropa hat sich die gesamtwirtschaftliche Expansion zuletzt leicht beschleunigt. Allerdings können die anhaltend hohen Handels- und Leistungsbilanzdefizite zunehmend die Entwicklung belasten, da diese die Gefahr von Zahlungsbilanzkrisen – wie jüngst in der Tschechischen Republik – in sich bergen.

Nach der Festigung der konjunkturellen Erholung im vergangenen Jahr kann in Westeuropa 1998 mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von gut 3 vH gerechnet werden. In Spanien, Finnland, Großbritannien und den Niederlanden kommen deutliche Impulse von der Binnennachfrage. Die Investitionen und der private Verbrauch expandieren kräftig. Die Situation auf den Arbeitsmärkten verbessert sich spürbar. Demgegenüber greift in den mit Deutschland wirtschaftlich sehr eng verflochtenen Ländern Italien und Frankreich der bisher in erster Linie von den Ausfuhren getragene Aufschwung erst zögerlich auf die inländische Nachfrage über.

Insgesamt kann in der EU bei weiter steigender Kapazitätsauslastung mit einer Ausweitung der Investitionstätigkeit gerechnet werden. Die Impulse

bleiben aber noch zu gering, um 1998 im EU-Durchschnitt einen merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu bewirken.

Exportboom hält an

Die bereits seit Ende 1996 anhaltende Expansion der deutschen Ausfuhr hat sich 1997 zu einem Exportboom verstärkt. Im Sog der deutlich aufwärtsgerichteten Auslandskonjunktur sowie der verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit wird die deutsche Warenausfuhr 1998 weiter zunehmen, wenn auch mit etwas nachlassender Dynamik.

Kräftige exportstimulierende Impulse kommen vor allem aus den EU-Ländern, ferner aus den Wachstumsmärkten in Lateinamerika sowie Mittel- und Osteuropa, wo deutsche Unternehmen sich immer stärker engagieren und in Ländern wie Polen, Ungarn, Tschechien und Slowenien eine bedeutende Marktstellung innehaben. Dagegen wird die Entwicklung der Exporte nach Südostasien aufgrund der gegenwärtigen schweren Finanzkrisen in diesen Ländern eher gedämpft verlaufen.

Der Exportboom wird – wie auch in der Vergangenheit – maßgeblich durch den Investitionsgüterbereich getragen. Aber auch Erzeuger von Vorprodukten und Gebrauchsgütern partizipieren stärker als bisher an dieser Entwicklung. Angesichts einer zunehmenden Investitionstätigkeit in den Hauptabnehmerländern deutscher Produkte werden die Investitionsgüterproduzenten auch weiterhin von der steigenden Auslandsfrage profitieren. Mit der weiteren Belebung der Inlandskonjunktur in diesen Ländern sollten sich aber auch die Exportaussichten für Verbrauchsgüterhersteller wieder verbessern.

Insgesamt wird mit einer Erhöhung der Warenausfuhr 1998 um 9 ¼ vH gerechnet. Unter Einbeziehung der Dienstleistungsexporte wird für die Gesamtausfuhr ein Jahresergebnis von 9,3 vH in realer Rechnung erwartet.

Tabelle 2:
Ausfuhr und Einfuhr Deutschlands an Waren und Dienstleistungen
- in Preisen von 1991 -

	1996	1997	1998
	<i>in Mrd. DM</i>		
Ausfuhr	824,4	916,1	1001,1
Einfuhr	823,6	879,8	937,1
Außenbeitrag	0,8	36,3	64,0
	<i>Veränderung geg. dem Vorjahr in vH</i>		
Ausfuhr	4,5	11,1	9,3
Einfuhr	2,2	6,8	6,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Ausrüstungsinvestitionen 1998 stärker aufwärts gerichtet

Die im Vergleich zu früheren Konjunkturzyklen recht zögerliche Expansion der Ausrüstungsinvestitionen hat sich bis Ende 1997 fortgesetzt. Die konjunkturellen Bestimmungsgründe für die Investitionstätigkeit deuten jedoch darauf hin, daß die Ausrüstungsinvestitionen 1998 stärker als bisher zunehmen werden. Eine anhaltend lebhaft exportkonjunktur in Verbindung mit einer allmählichen Aufwärtstendenz der Binnenwirtschaft dürfte die mittelfristigen Ertragserwartungen der Unternehmen positiv beeinflussen. Ein Indiz hierfür sind die zunehmend optimistischen Geschäftserwartungen der Unternehmen. Die nach wie vor steigenden Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe signalisieren gute Absatzchancen. Auch bleiben die weiteren Rahmenbedingungen für die Unternehmen günstig. Die für die Finanzierung bedeutsamen langfristigen Zinsen werden 1998 nur geringfügig steigen. Die Tarifabschlüsse werden moderat ausfallen. Insgesamt dürfte sich die erwartete Rentabilität von Investitionen im Prognosezeitraum erhöhen und im Vergleich zu Finanzanlagen an Attraktivität gewinnen.

Weitere Investitionsanreize gehen von einer steigenden Kapazitätsauslastung aus. In der westdeutschen Industrie hat sich die Kapazitätsauslastung im Verlauf des Jahres 1997 infolge des Exportbooms deutlich erhöht. Mit einem stärkeren Greifen der Binnenkonjunktur 1998 wird auch die bisher hinter der Industrie zurückbleibende Kapazitätsauslastung im gesamten Unternehmenssektor zunehmen.

Die insgesamt günstigen Ertragserwartungen in Verbindung mit einer steigenden Kapazitätsauslastung werden die Unternehmen veranlassen, ihre

Tabelle 3:

Unternehmensinvestitionen in Deutschland

- in Preisen von 1991 -

	1996	1997	1998
	<i>in Mrd. DM</i>		
Unternehmensinvestitionen	373,2	376,8	393,0
davon: Ausrüstungen	249,9	259,7	277,7
Bauten ^a	123,3	117,1	115,3
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH</i>		
Unternehmensinvestitionen	-0,8	1,0	4,3
davon: Ausrüstungen	2,4	3,9	6,9
Bauten ^a	-6,7	-5,0	-1,5

^a Ohne Wohnungsbau.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Nachfrage nach Ausrüstungsgütern stärker zu erhöhen. Nach einem Zuwachs von 3,9 vH im Jahr 1997 werden die gesamten Ausrüstungsinvestitionen 1998 ihr Vorjahresniveau um 7,0 vH übertreffen.

Bauinvestitionen weiter rückläufig

Der Rückgang der Bauinvestitionen schwächt sich 1998 zwar ab, kommt aber noch nicht zum Stillstand. Im Wirtschaftsbau setzt sich der bereits einige Jahre anhaltende Abschwung fort, jedoch mit abnehmender Tendenz. Mit der Stärkung der konjunkturellen Belebung erwartet das IWH für Westdeutschland im Verlaufe des Jahres 1998 erste Anzeichen einer Stabilisierung bei den Bauinvestitionen. Diese bleiben aber zu schwach, um eine Trendwende zu begründen. Die Ursachen liegen vor allem in den bisher geringen Impulsen von der anziehenden Konjunktur sowie dem zum Teil bestehenden Überangebot an Büro- und Handelsflächen in Ballungszentren. Der ostdeutsche Wirtschaftsbau schrumpft nach umfangreichen Investitionen in den zurückliegenden Jahren weiter kräftig.

Im Wohnungsbau fällt das Minus nochmals so stark aus wie im Vorjahr, was insbesondere auf den deutlichen Rückgang im ostdeutschen Mietwohnungsbau nach dem Auslaufen der Übergangsregelung zur Anwendung der geänderten steuerlichen Förderung zurückzuführen ist. Dieser Tendenz wirken zwar die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie der selbstgenutzte Eigenheimbau entgegen. Hier bleibt die Nachfrage aufgrund günstiger Fördermaßnahmen, niedriger Zinsen und gedämpfter Baupreise anhaltend hoch. Die Aufwärtsentwicklung in diesem Segment kann jedoch den

Tabelle 4:

Entwicklung der Bauinvestitionen Deutschlands

- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH, Preise 1991 -

	1996	1997	1998
Deutschland	-3,2	-3,0	-1,3
Gewerbliche Bauten	-6,7	-5,0	-1,5
Wohnbauten	0,1	-1,7	-1,7
Öffentliche Bauten	-6,8	-3,9	0,5
Alte Bundesländer	-3,7	-2,7	-0,6
Gewerbliche Bauten	-5,2	-3,7	-0,3
Wohnbauten	-1,8	-1,9	-1,0
Öffentliche Bauten	-8,2	-3,8	1,0
Neue Bundesländer	-1,8	-3,9	-3,4
Gewerbliche Bauten	-9,7	-7,5	-4,0
Wohnbauten	6,5	-0,9	-4,0
Öffentliche Bauten	-3,9	-4,0	-0,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

kräftigen Einbruch im Mietwohnungsbau in Ost- wie in Westdeutschland infolge bestehender Renditeprobleme bei Vermietungen (insbesondere im frei finanzierten Marktsegment) nicht kompensieren. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen dürfte sich aufgrund des angestauten Baubedarfs in Westdeutschland eine geringfügige Erhöhung ergeben, in Ostdeutschland wird sich jedoch die Abwärtstendenz angesichts der anhaltend angespannten Finanzlage der ostdeutschen Gebietskörperschaften kaum aufhalten lassen.

In Westdeutschland werden die Bauinvestitionen insgesamt leicht gegenüber dem Vorjahr zurückfallen, in Ostdeutschland dagegen mit 3,5 vH deutlich. Für Deutschland ergibt sich ein Rückgang von reichlich 1 vH.

Belebung des privaten Verbrauchs

Die Expansion des privaten Verbrauchs hat sich 1997 angesichts des leichten Rückgangs der realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte deutlich abgeschwächt. Maßgeblich für diese Entwicklung war die anhaltende Verringerung der Beschäftigung sowie die höhere Belastung der Einkommen mit Sozialabgaben. Folglich war die Nettolohn- und -gehaltsumme gegenüber 1996 mit 1,3 vH rückläufig. Dabei lagen die Tarifabschlüsse infolge der ungünstigen Situation am Arbeitsmarkt 1997 kaum über dem Preisanstieg, so daß sich real ein noch stärkerer Rückgang der Nettoverdienste ergab. Die verstärkten Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Hand, die sich in Einschränkungen der Leistungen aus der Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie in Kürzungen bei Arbeitslosen- und Krankengeld niederschlugen, ließen die Transfereinkommen mit 1,3 vH nur langsam steigen, trotz der merklichen Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen. Demgegenüber wuchsen die Entnahmen aus Gewinnen und die Vermögenseinkommen, die gegenwärtig bereits ein Drittel der verfügbaren Einkommen ausmachen, mit 5,5 vH sehr dynamisch. Die Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit rund 1,8 vH resultierte somit im wesentlichen aus dem überdurchschnittlichen Anstieg der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen. Da die Entwicklung der verfügbaren Einkommen hinter der Preissteigerungsrate für den Konsum zurückblieb, haben die privaten Haushalte ihre Spartätigkeit eingeschränkt, um das einmal erreichte Konsumniveau mindestens zu halten.

Im Jahr 1998 ist mit einer Belebung der privaten Verbrauchernachfrage zu rechnen. Im Gefolge der

Tabelle 5:
Verfügbares Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH -

	1996	1997	1998
Verfügbares Einkommen, nominal	3,5	1,8	3,9
darunter			
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,4	-1,3	1,6
Empfangene lfd. Übertragungen	1,0	1,3	1,6
Gewinnentnahmen und Vermögenseinkommen	6,8	5,5	8,1
Ersparnis	4,5	-2,3	4,5
Privater Verbrauch, nominal	3,3	2,3	3,8
Sparquote (in vH)	11,4	11,0	11,0
Preisindex des privaten Verbrauchs	2,0	2,0	2,1
Privater Verbrauch, real	1,3	0,3	1,7

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

konjunkturellen Erholung bessert sich allmählich die Arbeitsmarktsituation, und steuerliche Entlastungen zu Beginn des Jahres lassen die Einkommen wieder stärker expandieren.

Bereits abgeschlossene Tarifvereinbarungen für 1998 deuten auf geringfügig höhere, zugleich aber weiterhin niedrige Lohnzuwächse hin. Durch die Rückführung des Solidaritätszuschlages von 7,5 vH auf 5,5 vH der Lohn- bzw. Einkommensteuer und durch die Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrages werden die Arbeitseinkommen steuerlich entlastet. Unter der Annahme, daß die Beitragssätze zur Sozialversicherung nicht weiter steigen, wird die Nettolohn- und -gehaltsumme, die im vergangenen Jahr deutlich gesunken ist, nun wieder um rund 1,6 vH zunehmen. Die empfangenen Einkommensübertragungen dürften wie im Jahr zuvor nur schwach steigen. Hier wirken bereits in Kraft getretene Sparbeschlüsse noch nach. Allenfalls könnte die Erhöhung der gesetzlichen Altersrente zur Jahresmitte durch die Neuregelung der Einbeziehung der Kindererziehungszeiten etwas höher ausfallen als im Anstieg der Nettoeinkommen pro Kopf von 1997 angelegt.

Unter Einschluß des kräftigen Zuwachses bei den ausgeschütteten Gewinnen und Vermögenseinkommen, die im Gefolge der konjunkturellen Besserung weiter expandieren, dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte alles in allem um nominal rund 3,9 vH ansteigen.

Mit einem weiteren Rückgang der Sparneigung wird nicht gerechnet. Jedoch ist ein Anstieg der im Vorjahr rückläufigen Sparquote ebenso unwahrscheinlich. Die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung von 15 vH auf 16 vH zum 1. April 1998 wird die privaten Haushalte veranlassen, ihre Kaufkrafterhöhung zu Beginn dieses Jahres vorrangig in vorgezogene Käufe von Konsumgütern anzulegen. Damit dürfte der private Verbrauch zu Jahresbeginn spürbar expandieren und im Jahresverlauf nur verhalten ansteigen. Bei leicht steigenden Verbraucherpreisen entwickelt sich die reale Verbrauchernachfrage mit 1,7 vH im Jahresdurchschnitt deutlich stärker als 1997.

1998 leichter Anstieg beim Staatsverbrauch

Die Entwicklung des öffentlichen Verbrauchs wurde 1997 vor allem durch die auf die Einhaltung der Maastricht-Kriterien ausgerichtete Konsolidierungspolitik beeinflusst. Personalabbau bei Bund, Ländern und Gemeinden, Sparmaßnahmen bei der gesetzlichen Krankenversicherung und Einsparungen im Haushaltsvollzug haben zu einem realen Rückgang bei der Bruttowertschöpfung und den Sachaufwendungen der Gebietskörperschaften geführt. Diese Minderausgaben wurden allerdings durch Mehrausgaben kompensiert, die durch das Inkrafttreten der II. Stufe der Pflegeversicherung entstanden waren, so daß der Staatsverbrauch 1997 real trotz starker Einsparungen um etwa 0,8 vH zugelegt hat.

Da sich der Basiseffekt durch die Pflegeversicherung 1998 nicht mehr bemerkbar macht, würde ein Fortgang der Entwicklung in diesem Jahr zu einem realen Rückgang des Staatsverbrauches führen. Tatsächlich ist jedoch mit einem Anstieg zu rechnen. Personalabbau und Kürzungen bei Sachaufwendungen werden sich nicht fortsetzen, da die restriktive Finanzpolitik des Jahres 1997 – außer bei den Kommunen – vor allem auf kurzfristige Einsparerfolge ausgerichtet war und nicht mit einer grundlegenden Überprüfung und gegebenenfalls Änderung der öffentlichen Aufgaben verbunden gewesen ist. Daher sind von der Konsolidierungspolitik des Jahres 1997 keine nachhaltigen Effekte für die öffentlichen Haushalte zu erwarten. Vielmehr ist aufgrund von Ausgabenstaus, die durch Maßnahmen der kurzfristigen Haushaltsbewirtschaftung entstanden sind, sowie infolge steigender Steuereinnahmen trotz des ausgelaufenen Basiseffektes durch die Pflegeversicherung mit einem An-

stieg des Staatsverbrauchs um real etwa 1 vH zu rechnen.

Leistungsbilanz verbessert sich weiter

Nach sechs Jahren defizitärer Entwicklung hat die Leistungsbilanz 1997 erstmals wieder mit einem leichten Überschuß (5 Mrd. DM) abgeschlossen. Im Jahr 1998 dürfte das Plus etwas deutlicher ausfallen.

Hauptgrund dafür ist und bleibt die überaus positive Entwicklung der Handelsbilanz, die durch hohe Zuwächse sowohl bei der Ausfuhr als auch der Einfuhr von Waren gekennzeichnet ist. Dabei expandieren die Exporte seit geraumer Zeit wesentlich stärker als die Importe, so daß daraus Handelsbilanzüberschüsse in einer Größenordnung resultieren wie sie zuletzt Ende der 80er Jahre erreicht worden sind.

Sowohl der Dienstleistungsverkehr als auch die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen sind dagegen weiterhin defizitär. Der negative Saldo bei Dienstleistungen wird zwar immer noch maßgeblich durch den hohen Fehlbetrag im Reiseverkehr bestimmt. Seine Zunahme resultiert aber auch aus der Dynamik in anderen Teilbereichen des Dienstleistungsverkehrs. So wirken einerseits Einnahmeneinbußen defiziterhöhend, wie sie sich beispielsweise im Versicherungsgeschäft abzeichnen. Andererseits verstärkt die dynamische Ausgabenentwicklung die weitere Passivierung. Steigende Aufwendungen z. B. für kaufmännische Dienstleistungen sowie Werbe- und Messezwecke sind wohl auch der zunehmenden Exporttätigkeit der Unternehmen geschuldet. Die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen wird besonders durch die Entwicklung der Vermögenseinkommen beeinflusst. So steigen die an das Ausland zu richtenden Zinszahlungen bei gleichzeitigem Rückgang der aus dem Ausland empfangenen Beträge. Auch hier scheint sich die Passivierungstendenz allenfalls zu verlangsamen.

Produktion gewinnt nur langsam an Fahrt

Der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg hat 1997 an Tempo zugelegt. In Ostdeutschland blieb der Produktionsanstieg allerdings leicht hinter dem des Vorjahres zurück und war erstmals seit 1991 schwächer als in Westdeutschland.

Im Verlauf des Jahres 1998 wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion beleben. Neben den anhaltend hohen Exporten und den wachsenden Ausrüstungsinvestitionen dürfte 1998 auch vom

privaten Verbrauch ein Impuls auf die Produktionsaktivitäten ausgehen.

Ein kräftiger Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Produktionszuwachs ist 1998 wiederum vom Verarbeitenden Gewerbe zu erwarten, das nach wie vor von der anhaltend hohen Auslandsnachfrage profitieren wird. Einer Zunahme der Industrieproduktion in Deutschland um mehr als 3,5 vH steht 1998 jedoch eine fast stagnierende Bauproduktion gegenüber. In Westdeutschland wird sich im Zuge der expandierenden Industrieproduktion auch der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg verstärken. Zudem sind anhaltend kräftige Impulse von den Dienstleistungsunternehmen zu erwarten. In Ostdeutschland expandiert das Verarbeitende Gewerbe mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von knapp 10 vH. Die im Produktionswachstum der Industrie angelegte Wachstumsbeschleunigung kommt jedoch gesamtwirtschaftlich nur schwach zum Tragen, da die Bauproduktion weiterhin rückläufig ist und die Wachstumsbeiträge der Dienstleistungsunternehmen abnehmen.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 1998 um 2,7 vH, in Ostdeutschland jedoch nur um 2,4 vH zunehmen.

Gespaltene Entwicklung am Arbeitsmarkt

Der Rückgang der Erwerbstätigkeit hat sich 1997 fortgesetzt. In Westdeutschland hat er sich zwar verlangsamt, in Ostdeutschland ist er dagegen im Zuge des schwachen Produktionsanstiegs wieder stärker geworden.

Spiegelbildlich zum Beschäftigungsabbau nahm die Zahl der Arbeitslosen deutlich zu. 1997 waren 420.000 Personen mehr arbeitslos gemeldet als im Vorjahr. Davon entfielen 186.000 Personen auf Ostdeutschland. Dabei hatte die Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen einen wesentlichen Einfluß auf die starke Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit. 1997 wurden in Westdeutschland etwa 65.000 Personen und in Ostdeutschland ca. 175.000 Personen weniger durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gefördert als im Vorjahr.

Eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland insgesamt ist für 1998 nicht in Sicht. Nochmals wird die Erwerbstätigkeit – um etwa 35.000 Personen – zurückgehen. In Westdeutschland wird allerdings Mitte des Jahres die Talsohle auf dem Arbeitsmarkt durchschritten werden. Der dann einsetzende schwache Beschäftigungsaufbau wird im Jahresdurchschnitt zu einer Zunahme der Erwerbstätigkeit um etwa 60.000 Personen führen.

In Ostdeutschland wird der Arbeitsplatzabbau hingegen erst gegen Jahresende zum Stillstand kommen. Im Jahresdurchschnitt wird die Arbeitsnachfrage gegenüber dem Vorjahr nochmals um rund 95.000 Personen zurückgehen. Der relativ stärkste Beschäftigungsabbau wird erneut im Baugewerbe stattfinden, da die ostdeutsche Bauproduktion auch 1998 weiterhin schrumpfen wird.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird 1998 in Deutschland insgesamt auf dem Niveau des Vorjahres verharren; die Arbeitslosenquote wird im Jahresdurchschnitt 11,4 vH betragen. In Westdeutschland wird sich 1998 die registrierte Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr um etwa 55.000 Personen zurückbilden; die Arbeitslosenquote wird dann mit etwa 9,6 vH geringfügig unter dem Vorjahreswert liegen. In Ostdeutschland wird hingegen die Zahl der Arbeitslosen nochmals um 55.000 Personen zunehmen. Die Arbeitslosenquote wird damit auf etwa 19,0 vH ansteigen.

Der weitere Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit ist in beiden Gebietsteilen Reflex des Verlustes von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt und ist – im Unterschied zum Vorjahr – nur zu einem sehr geringen Teil der weiteren Rückführung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geschuldet. Die Zahl der durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen geförderten Personen wird gegenüber dem Vorjahr in Ostdeutschland nur noch um etwa 10.000 Personen, in Westdeutschland um ca. 13.000 Personen zurückgehen. In Ostdeutschland wird zwar die Anzahl der durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geförderten Personen nach wie vor stark rückläufig sein. Gleichzeitig kommt es jedoch zu einer starken Ausdehnung der durch produktive Lohnkostenzuschüsse in gewerblichen Unternehmen geförderten Arbeitsplätze, die den Rückgang der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mehr als kompensieren.

Entspanntes Preisklima

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten belief sich 1997 auf 1,8 vH, und auch für 1998 ist trotz der Mehrwertsteuerhöhung nur mit einer leichten Beschleunigung der Inflationsrate auf knapp unter 2 vH zu rechnen. Dabei war die Entwicklung des Preisniveaus 1997 durch stark gegenläufige Tendenzen geprägt. Eine preiserhöhende Wirkung ging zum einen von den Einfuhrpreisen aus, die infolge anziehender Weltmarktpreise für Rohstoffe und dem im Vorjahresvergleich um rund 4 ½ vH abnehmenden Außenwert der D-Mark einen Anstieg von

knapp 3 vH gegenüber dem Jahresdurchschnittswert 1996 verzeichneten. Zum anderen rief die Erhöhung der direkt und teilweise administrierten Preise einen Anstieg des Preisniveaus hervor. Besonders stark wirkte sich in diesem Zusammenhang die Anhebung der Rundfunk- und Fernsehgebühren, die erhöhte Zuzahlung zu Arzneimitteln sowie die Anpassung der Kraftfahrzeugsteuer an den Schadstoffausstoß aus. Überdurchschnittlich stark stiegen zudem die Wohnungsmieten. Dämpfend auf die Preisniveauentwicklung wirkten demgegenüber die mit reichlich einem Prozent sinkenden Lohnstückkosten. Der Zuwachs der Tarif- und Effektivverdienste fiel um etwa 2 Prozentpunkte geringer aus als der Produktivitätsanstieg und wirkte damit dem Preisauftrieb entgegen.

Auch in diesem Jahr ist mit einem Rückgang der Lohnstückkosten zu rechnen, er fällt jedoch etwas geringer aus als 1997. Während sich die Produktivität um 2,6 vH erhöhen wird, steigen die Tariflöhne voraussichtlich um 2 vH. Bei einem im Vorjahresvergleich nur noch leicht sinkenden Außenwert der D-Mark und relativ stabilen Weltmarktpreisen für Rohstoffe dürfte aber der Anstieg der Einfuhrpreise mit knapp 2 vH 1998 deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr. Vor diesem Hintergrund wird der Anstieg der Lebenshaltungspreise – trotz der Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt auf 16 vH im April 1998 – unter 2 Prozent bleiben. Für sich genommen allerdings bewirkt die Mehrwertsteuererhöhung einen Preisniveauanstieg von gut 0,3 Prozentpunkten. Da der ermäßigte Satz unverändert bleibt, berührt die Erhöhung lediglich 60 vH der Güter des Warenkorb, der zur Berechnung der Veränderung des Preisniveaus herangezogen wird. Auch wird die Erhöhung nur in neun Monaten des Jahres wirksam, wodurch sich der jahresdurchschnittliche Effekt vermindert. Die begrenzten Preisspielräume angesichts der nach wie vor verhaltenen Binnennachfrage dürfte zudem die Überwälzung erschweren.

Kein Handlungsbedarf für die Geldpolitik

Vor dem Hintergrund sinkender Lohnstückkosten und eines trotz Mehrwertsteuererhöhung mäßigen Preisniveauanstiegs in diesem Jahr erscheint eine geldpolitische Straffung aus binnenwirtschaftlicher Sicht nicht geboten zu sein. Auch weitere monetäre Indikatoren, wie die Kreditvergabe der Banken und die verschiedenen Geldmengenaggregate, deuten nicht auf eine Beschleunigung der inflationären Entwicklung hin. Das Wachstum der

Geldmenge M3 hat sich im Laufe des letzten Jahres stetig verlangsamt und lag zuletzt saisonbereinigt und auf Jahresrate hochgerechnet um 4,7 vH über dem Durchschnittswert des vierten Quartals 1996. Damit befand es sich etwa in der Mitte des von der Bundesbank angekündigten Wachstumskorridors und deutlich unterhalb des Wachstumspfads, der von den Wirtschaftsforschungsinstituten als stabilitätsgerecht erachtet wird. Zudem scheint die Geldmenge M3 die nachfragewirksame Liquidität auch weiterhin zu überzeichnen, da die Anleger nach wie vor Anlageformen mit einer kurzen Laufzeit bzw. einer kurzen Kündigungsfrist bevorzugen. Entsprechend kräftig wachsen die in M3 enthaltenen Sondersparformen, während der Zuwachs der längerfristigen Geldkapitalbildung relativ schwach bleibt.

Als Begründung für eine Zinserhöhung der Bundesbank im Vorfeld der Europäischen Währungsunion wurde in den letzten Monaten häufig die erforderliche Zinskonvergenz zwischen den Teilnehmerstaaten angeführt. Die kurzfristigen Zinsen liegen jedoch nur in vier der zu erwartenden elf Mitgliedstaaten nennenswert über dem bundesdeutschen Niveau und nur in einem dieser Länder, in Spanien, ist ein expansiver geldpolitischer Impuls aus konjunktureller Sicht unerwünscht. Aus zwei Gründen läßt sich hieraus kein geldpolitischer Handlungsbedarf im künftigen EWU-Raum ableiten. Erstens dürfte der expansive Impuls sehr gering ausfallen, da sich die längerfristigen Kapitalmarktzinsen aller künftigen EWU-Länder bereits stark angenähert haben. Die Zinssenkung im Zuge der Konvergenz auf dem Niveau der überwiegenden Mehrzahl der EWU-Länder bleibt somit auf den kurzfristigen Bereich und damit in seiner konjunkturellen Wirkung beschränkt. Zweitens kann sich eine stabilitätsgerechte Geldpolitik weder im Vorfeld der EWU noch nach ihrem Beginn an den Erfordernissen einzelner relativ kleiner Regionen orientieren. Die Gefahr einer konjunkturellen Überhitzung bzw. Abkühlung muß in diesem Fall mit Hilfe anderer wirtschaftspolitischer Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Fiskalpolitik, gebannt werden.

In der überwiegenden Mehrheit der künftigen EWU-Länder deutet sich keine Inflationsbeschleunigung an. Insbesondere auch infolge der dämpfenden Impulse der Wachstumsabschwächungen und Währungsabwertungen in Südostasien ist im Laufe des Jahres daher nicht mit einer nennenswerten Veränderung der kurzfristigen Zinsen zu rechnen. Auch die Kapitalmarktzinsen dürften stabil bleiben,

zumal von den Vereinigten Staaten angesichts einer sinkenden Inflationsrate und einer leichten Abschwächung des Wirtschaftswachstums keine zinssteigernden Impulse zu erwarten sind. Dieses Szenario ist allerdings mit einem Risiko behaftet. Sollte es im Vorfeld der EWU zu einer erneuten Verunsicherung der Finanzmärkte über die Stabilität des Euros kommen, so würde sich diese in einer Abwertungstendenz der künftigen EWU-Währungen und einem Anstieg der Kapitalmarktzinsen niederschlagen.

Für den weiteren Verlauf der konjunkturellen Entwicklung und des mittelfristigen Wachstums kommt der Tarifpolitik – in der Bundesrepublik aber auch im gesamten künftigen EWU-Bereich – eine bedeutende Rolle zu. Als Konsequenz der geringen Investitionstätigkeit in den letzten Jahren wird die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung im Zuge des etwas kräftigeren Wirtschaftswachstums von 2,7 vH 1998 ansteigen. Die US-amerikanische Wirtschaft demonstriert seit einigen Jahren, daß ein kräftiges inflationsfreies Wirtschaftswachstum auch bei einer relativ hohen Kapazitätsauslastung und einer geringen Arbeitslosenquote möglich ist. Da die Inflationsrate in den USA dennoch keine Beschleunigungstendenz aufweist, sondern sogar sinkt und sich auf einem historisch niedrigen Niveau befindet, besteht kein Anlaß für das Federal Reserve Board, die geldpolitischen Zügel anzuziehen und den Anstieg des Bruttoinlandsproduktes im Interesse der Geldwertstabilität zu dämpfen. Die Bundesrepublik ist von der unter 5 vH liegenden US-amerikanischen Arbeitslosenquote weit entfernt. Im gesamtdeutschen Durchschnitt wird für 1998 eine Arbeitslosenquote von 11,4 vH erwartet, 9,6 vH in Westdeutschland und 19 vH in Ostdeutschland. Es existiert damit ein erhebliches Wachstumspotential, das im Zuge des derzeitigen Aufschwungprozesses aktiviert werden kann, wenn sich die Tarifpartner nicht nur stabilitätsgerecht verhalten, sondern auch weiterhin der Beschäftigungslage Rechnung tragen, indem sie den durch das Produktivitätswachstum gesetzten Lohnspielraum nicht gänzlich ausnutzen. Ein kräftigeres aber inflationsfreies Wachstum dürfte in diesem Fall auch bei steigender Geldmengenentwicklung keine geldpolitische Zinserhöhung nach sich ziehen.

Finanzpolitik: Abgabenerhöhung statt struktureller Reformen

Die Finanzpolitik war im vergangenen Jahr von großer Hektik geprägt. Unerwartet geringe Steuer-

einnahmen und zusätzliche Ausgaben, die aus einer über die Erwartungen hinausgehenden Arbeitslosigkeit entstanden waren, erzeugten einen ständigen Handlungsdruck; es wurde versucht, trotz dieser Entwicklungen den Referenzwert des Maastricht-Vertrages für das Staatsdefizit nicht zu überschreiten.

Dieses Ziel wurde voraussichtlich erreicht. Das Defizit wird in der für den Beitritt zur EWU relevanten Abgrenzung etwa 3,1 vH betragen – allerdings um den Preis eines durch die hektischen Konsolidierungsmaßnahmen in der Öffentlichkeit entstandenen Eindrucks von schwerer Berechenbarkeit und Konzeptionslosigkeit der Finanzpolitik.

Dieser Eindruck hat sich verfestigt durch das Scheitern der geplanten und aus ökonomischer Sicht dringend notwendigen Reform der Einkommensbesteuerung. Das Scheitern ist allerdings nur insoweit der Finanzpolitik anzulasten, als es ihr nicht gelungen ist, die positiven Effekte der Reform herauszustellen. Dabei hätte die mit der geplanten Nettoentlastung verbundene Kompensation zweifellos dazu geführt, daß die Reform kaum Verlierer zurückgelassen hätte.

Statt einer strukturellen Reform mit gleichzeitiger Senkung der Abgabenquote ist nun für 1998 mit der Anhebung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer von 15 vH auf 16 vH eine Steigerung der Abgabenbelastung geplant, die voraussichtliche Mehrausgaben bei der Rentenversicherung finanzieren soll.

Nach Schätzung des IWH wird die Anhebung der Mehrwertsteuer zu einem Mehraufkommen von etwa 11 Mrd. DM führen und damit die avisierte Entlastung durch die Senkung des Solidarzuschlages um etwa 3 Mrd. DM übersteigen. Damit hat sich für 1998 eine Politik durchgesetzt, die vor allem auf Einnahmeverbesserung der öffentlichen Haushalte zielt, notwendige strukturelle Reformen dagegen auf einen späteren Zeitraum verschiebt.

Hierüber kann nur zum Teil hinwegtrösten, daß die Anhebung der Mehrwertsteuer gegenüber einer Anhebung der Rentenversicherungsbeiträge die bessere Finanzierungsalternative für Ausgabensteigerungen bei der Rentenversicherung darstellt. Mittelfristig kann eine Strategie nicht überzeugen, die auf Finanzierungslücken in den öffentlichen Haushalten allein mit Maßnahmen zur Einnahmeverbesserung reagiert.

*Arbeitskreis Konjunktur
(Hans-Ulrich Brautzsch, Ruth Grunert,
Ingrid Haschke, Brigitte Loose,
Christian Schumacher, Michael Seifert,*

*Martin Snelting, Silke Tober
und Udo Ludwig)*